

## Merckblatt

### Einstiegsqualifizierung (EQ) nach § 54 a SGB III

- (1) Arbeitgeber, die eine betriebliche Einstiegsqualifizierung durchführen, können durch Zuschüsse zur vereinbarten Vergütung mit der oder dem Auszubildenden bis zu einer Höhe von 262,- Euro monatlich zzgl. eines pauschalierten Anteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag von 135,- Euro gefördert werden. Die betriebliche Einstiegsqualifizierung dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Soweit die betriebliche Einstiegsqualifizierung als Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz durchgeführt wird, gelten die §§ 68 bis 70 des Berufsbildungsgesetzes.

Eine Einstiegsqualifizierung kann nur auf der Grundlage eines zwischen dem Arbeitgeber und dem Auszubildenden geschlossenen Vertrages gefördert werden, der vorsieht, dass mindestens 50 % der Gesamtzeit im Betrieb durchgeführt wird.

Sofern für anerkannte Ausbildungsberufe Ausbildungsbausteine vorliegen, können sie als Inhalte einer förderfähigen betrieblichen Einstiegsqualifizierung genutzt werden.

Die Leistungen werden auch für die Zeit des Berufsschulunterrichts erbracht.

Eine Übersicht über die geplanten Qualifizierungsinhalte ist in geeigneter Form, entweder im EQ –Vertrag enthalten oder vom Arbeitgeber dem Förderantrag beigelegt (z.B. mit Hinweis auf die zu vermittelnden Qualifizierungsbausteine oder Module), vorzulegen.

- (2) Eine Einstiegsqualifizierung kann für die Dauer von 4 bis längstens 12 Monate gefördert werden, wenn sie
1. auf der Grundlage eines Vertrages im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes mit der oder dem Auszubildenden durchgeführt wird,
  2. auf einen anerkannten Ausbildungsberuf im Sinne des § 4 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes, § 25 Abs. 1 Satz 1 der Handwerksordnung, des Seemannsgesetzes, nach Teil 2 des Pflegeberufgesetzes oder des Altenpflegegesetzes vorbereitet und
  3. in Vollzeit oder in Teilzeit von mindestens 20 Wochenstunden durchgeführt wird. Eine Einstiegsqualifizierung kann für Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 19 auch gefördert werden, wenn sie auf eine Ausbildung nach den Ausbildungsregelungen des § 66 des Berufsbildungsgesetzes oder des § 42r der Handwerksordnung vorbereitet.
- (3) Der Abschluss des Vertrages ist der nach dem Berufsbildungsgesetz, im Fall der Vorbereitung auf einen nach Teil 2 des Pflegeberufgesetzes oder nach dem Altenpflegegesetz anerkannten Ausbildungsberuf der nach Landesrecht zuständigen Stelle anzuzeigen. Die vermittelten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sind vom Betrieb zu bescheinigen. Die zuständige Stelle stellt über die erfolgreich durchgeführte betriebliche Einstiegsqualifizierung ein Zertifikat aus.  
**(Das Zertifikat ist bei der zuständigen Stelle vom Arbeitgeber zu beantragen!)**

(4) Förderungsfähig sind

1. bei der Agentur für Arbeit gemeldete Ausbildungsbewerberinnen und –bewerber mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungskaktionen keine Ausbildungsstelle haben,
2. Ausbildungssuchende, die noch nicht im vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen und
3. lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Ausbildungssuchende.

(5) Förderungs Ausschluss

Eine Förderung ist ausgeschlossen wenn,

1. die oder der Auszubildende bereits eine betriebliche Einstiegsqualifizierung bei dem Antrag stellenden Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens bzw. eines verbundenen Unternehmens durchlaufen hat,
2. der oder die Auszubildende eine versicherungspflichtige Tätigkeit in den letzten 3 Jahren vor Beginn der Einstiegsqualifizierung bei dem Antrag stellenden Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens bzw. eines verbundenen Unternehmens ausgeübt hat, (gilt nicht in Fällen, in denen ein betriebliches Berufsausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden ist)
3. wenn die Einstiegsqualifizierung im Betrieb der Ehegatten, Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner oder Eltern durchgeführt wird.

EQ in schulischen Berufsausbildungen, die nach den Schulgesetzen der Länder oder einem Bundesgesetz geregelt sind, können nicht gefördert werden.

Eine Förderung von Personen, die bereits eine Berufsausbildung (schulisch oder betrieblich) oder ein Studium abgeschlossen haben, ist nicht möglich.

**Sonstige Voraussetzungen**

Ein Zuschuss zur EQ wird nur erbracht, wenn er vor Beginn der EQ beantragt wurde.

Die Leistungen werden nur im Rahmen der veranschlagten und verfügbaren Haushaltsmittel erbracht.

Ein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht nicht.

Zuständig ist die Agentur für Arbeit bzw. das Jobcenter, in deren Bezirk der EQ –Teilnehmer seinen Wohnsitz hat.

Die EQ ist als betriebliche Berufsausbildung im Sinne des SGB IV anzusehen. Dadurch besteht während der EQ Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie in der Unfallversicherung.

Die oder dem Auszubildenden ist die erforderliche Arbeitsschutzbekleidung vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen.